

Platz abbeck

Nr. 3, Mai 2004

Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

Alternativ: Uni geht Pleite

In Nordrhein-Westfalen gilt an den Hochschulen seit dem Sommersemester 2004, also seit 1.4., das Studienkonten- und -finanzierungsgesetz. Dieses hat es bekanntlich in sich. Kurz gesagt: wer zu lange studiert oder ein zweites Studium aufgenommen hat, muss zahlen.

Und das nicht zu knapp. Neben den regulären Sozialbeiträgen von 113 Euro für das Studentenwerk und das Semesterticket sind dann 650 Euro fällig. Wer nicht zahlt, der fliegt. Und in Köln hat sich dies besonders bewahrt. Von den über 60.000 Studierenden der Universität erhielten über 20.000 einen Bescheid. Bisher haben 13.588 die Segel gestrichen. Ob die hiesige Universität weiter die größte des Landes ist, man wird sehen.

Schließlich sind auch noch Widersprüche anhängig. Ähnlich stellt sich die Situation an den Fachhochschulen dar. Betroffen von diesen Gebühren sind vor allem Studierende, die sich das Geld für Studium und Lebensunterhalt durch immer rarer werdende Ferien- oder Nebenjobs verdienen müssen.

Die PDS-Offene Liste hat Studienkonten und Studiengebühren immer abgelehnt und wird dies auch weiterhin tun. Klar ist auch: die Gebühren sind der Startschuss für eine Privatisierung der Bildung. Das Land NRW hat bereits ein Hochschulkonzept 2010 entwickelt welches die Bildungslandschaft umkrepeln wird. Dabei haben reine Privatisierung die erste Pleite zu verbuchen: das Stuttgarter Institute of Management of Technology muss die Pforten schließen. Verheerend ist bei alledem die Botschaft, die bei Jugendlichen ankommt: Das Studium hängt vom Geldbeutel ab. Es muss aber gelten: Bildung ist keine Ware, Bildung ist ein Recht!

Timothi Maywood

www.pds-koeln.de

Jugendarbeitslosigkeit: Erstaunliche Zahlenspiele

Eine alte Spruchweisheit über die Zuverlässigkeit von Zahlenkolonnen und Schaubildern besagt: „Trau' keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast“. Das Amt für Stadtentwicklung und Statistik legt jetzt einen Bericht über „Jugendarbeitslosigkeit in Köln 2003“ vor, der einer näheren Betrachtung wert ist..

Da wird als „positiv“ gewertet, dass die Erwerbslosenquote der unter 25-Jährigen „lediglich 7,9 Prozent“ betrug (gegenüber 13,1 Prozent insgesamt). Das ist allerdings nur die halbe Wahrheit. In den am stärksten von allgemeiner Erwerbslosigkeit Stadtteilen nämlich ist auch die Jugendlichenquote hoch: Ostheim 14,3 %, Mülheim und Höhenberg 14,1 %, Gremberghoven 13,5 %, Bilderstöckchen 13,2 % Kalk 12,8 % Bocklemünd-Mengenich und Chorweiler 12,6 %. Dagegen – man staune – waren in Hahnwald nur 1,8 %, in Junkersdorf 2,7 %, in Rodenkirchen 3,2 % und in Lindenthal 3,8 % der unter 25-Jährigen erwerbslos. Nun ja, die meisten Jüngeren dort, sofern es sie überhaupt gibt, besuchen höhere Schulen, studieren oder bringen eine gute Grundausbildung mit, die ihnen rasch einen Ausbildungs- und/oder Arbeitsplatz sichert.

Zwischen September 2002 und Oktober 2003 standen 6 101 Ausbildungsstellen 5 243 Jugendliche gegenüber, eine Zahl die, wie die Verwaltung einräumt, „zwangsläufig eine neigungsgelenkte Auswahl von möglichen Ausbildungsplätzen erschwert“. Köln hatte übrigens mit 16 Prozent den stärksten Rückgang an Lehrstellen in einem Jahr zu verzeichnen, in ganz NRW waren es 8,4 Prozent.

30 Prozent der arbeitslosen Jugendlichen sind Migranten. Das führt zu dem Schluss, dass „die Beteiligung von ausländischen Jugendlichen am Arbeitsmarkt“ verbessert wer-

den muss. Es gilt, Defizite wie mangelnde deutsche Sprachkenntnisse, niedrigere oder gar keine Schulabschlüsse zu beheben. An den Kölner Hauptschulen hat jeder fünfte Schüler Eltern mit ausländischem Passe, an den Gymnasien jedoch nur jeder 25ste.

Die von der Verwaltung als positiv eingeschätzten Zahlen führt sie auf Programme wie die „Jobbörse Junges Köln“ oder „Sprungbrett“ zurück. Die Jobbörse habe von Januar 2000 bis Oktober 2003 von insgesamt 5 500 Zugängen an Arbeitslosen zwei Drittel (3 700) Stellenangebote unterbreitet oder Selbsthilfeangebote vermittelt, freut sich die Broschüre. Bei näherer Auswertung des „Kleingedruckten“ ergibt sich jedoch ein anderes Bild. Danach konnten lediglich 666 Personen in den 1. Arbeitsmarkt vermittelt werden, etwas über 800 bekamen eine Ausbildung oder Qualifi-



Köln, 3.4.2004: Demonstration gegen die Agenda 2010

Breitensport erhalten und fördern!

Die städtischen Zuschüsse für die Sportvereine sollen drastisch gekürzt werden. Geplant sind 436.000 Euro, darin sind Personalkosten in Höhe von ca. 258.000 Euro enthalten. Ausserdem werden sieben Platzwartstellen gestrichen.

Ein Vertrag zwischen der Stadt Köln und dem Stadtsportbund soll die Aufgaben auf die Vereine abwälzen. Als „Ausgleich“ für die Mittelkürzung für Jugend- und Behindertensport verzichtet die Stadt laut Vertragstext auf 886.000 Euro Gebühreneinnahmen, die bislang für Hallennutzung und für den Vereinssport in Schwimmvereinen erhoben werden sollten.

Die Koppelung städtischer Mittel an private Fördervereine lehnt die PDS-Offene Liste ab und setzt sich dafür ein, dass der Breitensport in unserer Stadt nicht zerschlagen wird, sondern stärker gefördert wird.

Die Platzwarte, deren Stellen wegrationalisiert werden sollen, sind nicht nur wichtige Partner für eine intakte Platzqualität, sondern darüber hinaus wichtige soziale Ansprechpartner für die Vereine und viele ihrer Mitglieder.

Sengül Senol

Fortsetzung von Seite 1

zierung, 547 wurden in Arbeitslosen- oder Sozialhilfe abgeschoben und sage und schreibe 1 693 laufen unter „Angebot, jedoch keine Rückmeldung“.

Dazu wird Thomas Münch, Geschäftsführer des Kölner Arbeitslosenzentrums (KALZ) in einem Zeitungsinterview zitiert: „weil die Jugendlichen nur Geld bekämen, wenn sie die angebotenen Maßnahmen – seien sie auch noch so fragwürdig – mitmachten, würden viele aus dem Blickfeld des Hilfesystems und aus der Statistik verschwinden“. Denn bei der Aufschlüsselung der 100 000 jungen Kölnerinnen und Kölner zwischen 15 und 24 Jahren ergibt sich, dass 46 Prozent eine schulische oder akademische Ausbildung durchlaufen. Von den verbleibenden 54 000 Menschen, die „de facto auf den Arbeitsmarkt drängen“, sind 23 600 sozialversicherungspflichtig beschäftigt, 11 800 haben einen beruflichen Ausbildungsplatz. Weitere 3 500 Menschen sollen in Berufsvorbereitenden und Ausbildungsmaßnahmen „fit gemacht“ werden für den ersten Arbeitsmarkt. Macht zusammen 90 Prozent. Dann gibt es noch die 5 100 als arbeitsuchend gemeldeten Jugendlichen, auf die in dem Bericht ausführlich eingegangen wird.

Aber fast ebenso viele, nämlich 4 800, immerhin fast 5 Prozent der „Alterskohorte“ zwischen 15 und 24 Jahren, entziehen sich der Statistik. Über sie liegen „keine schlüssigen Informationen hinsichtlich ihres Integrationsniveaus in das Kölner Bildungs- und/oder Berufsangebot“ vor. Aber diese Zahl beunruhigt die Statistiker nicht. Im Gegenteil: „Trotz aller Schwierigkeiten im Einzelfall ...ist nicht davon auszugehen, dass es in Köln eine erhebliche „Dunkelziffer“ bezüglich der bildungs- und/oder berufsbezogenen Integration und Beteiligung junger Menschen gibt“.

Bei soviel Selbstzufriedenheit ist es kein Wunder, dass Thomas Münch zu dem Schluss kommt, der ganze Bericht sei ein „Gefälligkeitsgutachten in eigener Sache“.

Helga Humbach

Unzureichende Antwort zur Heimaufsicht

Die PDS-Offene Liste hat in einer Anfrage an die Stadtverwaltung Fragen zum Thema Heimaufsicht gestellt. Allerdings beschränkt sich die Antwort auf rein formelle Vorschriften und ihre Einhaltung. Über die Qualität der 221 Heime in Köln wird in Kürze ein größerer Bericht kommen.

Bislang werden Heime in der Regel einmal jährlich aufgesucht, beraten und kontrolliert.

Aufgrund von aktuellen Meldungen gibt es auch unangemeldete Kontrollen. Die Verwaltung hält jedoch im Rahmen ihrer „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ angemeldete Kontrollen für sinnvoller. Es gibt auch Heime mit erheblichen Mängeln, heißt es in der Verwaltungsantwort; die Kontrolle werde nicht nach dem Losverfahren entschieden. Schließlich weist die Verwaltung in ihrer Antwort auf die Mitwirkungsrechte im Heimbeirat, beim Heimfürsprecher oder durch „sonstige Mitwirkung“ hin.

Der angekündigte Bericht soll Ende Juni 2004 vorliegen. Es wird dann darüber hier berichtet werden.

Sengül Senol

Wie unfair und rechts-populistisch ist die FDP?

Die Kölner FDP weigert sich, das untenstehende Fairness-Abkommen zu unterschreiben. Angeblich sind die Schiedsfrau und der Schiedsmann für die FDP nicht akzeptabel. Seit 1999 waren die beiden Personen „Hüter“ des Fairness-Abkommens. Frau Bartscherer hatte sogar ihrer eigenen Partei, der CDU, bei den letzten Bundestagswahlen die Leviten gelesen.

Offenbar will sich die FDP der Kontrolle des Fairness-Abkommens und der Schiedsleute entziehen, weil sie im Wahlkampf alle Register populistischer Fremdenfeindlichkeit ziehen will. Das wird recht deutlich im Flugblatt der FDP-Fraktion an die Anwohner der Niehler Str. oder in einer Presseerklärung vom 4. Mai, in der die Stadt Köln wie folgt verunglimpft wird: „Weiterhin erhält dieser Personenkreis

aber von der Stadt Vergünstigungen, die zur illegalen Einreise – immerhin eine Straftat – ermutern. So erhalten illegal Eingereiste in Köln – einzigartig in NRW – automatisch und unaufgefordert den Kölner Mobilitätspass.“

Dieses Zitat zeigt deutlich, wie die FDP Hass züht und die Menschenrechte mit Füßen tritt. Der FDP wäre es wohl am liebsten, die Flüchtlinge würde alle schwarz fahren, um die Kriminalitätsstatistik weiter in die Höhe zu treiben.

Jörg Detjen



Unterschriften wurde die Vereinbarung von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS

Fairness-Vereinbarung für die Wahlkämpfe 2004

angeregt durch den „Kölner Runden Tisch für Integration e.V.“

Die unterzeichnende Partei verpflichtet sich ausdrücklich – auch wenn dies laut ihrem Grundsatzprogramm selbstverständlich ist – in den Wahlkämpfen im Jahre 2004

Nicht auf Kosten von unter uns lebenden MigrantInnen (Flüchtlingen, Ausländern, Zuwanderern) Wahlkampf zu betreiben

Inhaltlich fair zu bleiben im Hinblick auf negative gesellschaftliche Entwicklungen wie Arbeitslosigkeit oder Gefährdung

der inneren Sicherheit. Keine Vorurteile gegen die hier lebenden MigrantInnen und Flüchtlinge zu schüren oder aus den eigenen Reihen zu dulden.

Das heißt insgesamt, gerade auch in Wahlkampfzeiten die ethnische Vielfalt in unserer Stadt als Bereicherung zu achten: „Gemeinsam sind wir Köln“

Wir sind damit einverstanden, dass zur Einhaltung der Fairness-Vereinbarung zwei unparteiische Schiedsleute, Frau Hannelore Bartscherer, Vorsitzende des Katholikenausschusses in der Stadt Köln, sowie Herr Stadtsuperintendent Ernst Fey, Evangelischer Stadtkirchenverband, tätig werden, die zusammen mit dem Runden Tisch bei etwaigen Verstößen gegen die Vereinbarung öffentlich einschreiten können.

■ Ehrenfeld

**Endlich Tempo 30
in der Landmannstraße**

Sieben Jahre nach dem ersten Beschluß der Bezirksvertretung, die Landmannstraße in eine „Tempo-30-Straße“ umzuwandeln und damit sicherer für die zahlreichen Fußgänger zu machen, wurden Ende April die entsprechenden Schilder angebracht. Möglich wurde das allerdings erst, nachdem sich Michael Pohl, der auch sehr engagiert den alljährlichen Ehrenfelder „Dienstagszug“ organisiert, als Sponsor für die Anschaffung der erforderlichen fünf Verkehrszeichen gefunden hatte. Die Verwaltung sieht sich derzeit nicht in der Lage, andere als verkehrssichernd dringend nötige Schilder aufzustellen.

Die Kosten der Landmannstraßen-Beschilderung und die entsprechende Schenkung beliefen sich auf ca. 100 Euro. *H.H.*

■ Ehrenfelder

**Verwaltungspapier
abgelehnt**

Lediglich eine „Rechtfertigung zur Höhergruppierung“ der Bürgeramtsleiter sieht Bezirksvorsteher Josef Wirges im von der Verwaltung vorgelegten „Konzept zur Konkretisierung der Managementaufgaben der Bürgeramtsleitungen“. Er kritisierte in einer scharfen Stellungnahme vor allem die geplante Neuordnung der „Vertretung der Verwaltung nach Außen“. Deutliche Worte gegen das Papier fanden auch die übrigen Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertreter. Wenn der Bürgeramtsleiter sich Vereinen und Initiativen als Ansprechpartner für ihre Interessen vorstelle oder gemeinsam mit ihnen kulturelle oder sportliche Veranstaltungen durchführe, werde eindeutig das politische Mandat der Bezirksvertretung unterlaufen.

Mit diesem Papier solle die de-facto-Entmachtung der Bürgeramtsleitung – in Ehrenfeld bleiben von früher 600 Verwaltungsmitarbeitern gerade noch 30 übrig – durch bombastisch klingende Formulierungen verschleierte werden. Einige ins Auge gefaßte neue Aufgaben wie „Betreuung der örtlichen Sportvereine und Schulen“ verstoßen sogar gegen die Gemeindeordnung.

Die Mehrheit sah das Papier als nicht verbesserungsfähig an und lehnte deshalb sowohl einen umfangreichen Änderungsantrag der CDU als auch den Gesamtwurf gegen vier Stimmen der Christdemokraten ab. *Helga Humbach*

■ Ehrenfeld

**Mega-Reklame
abgelehnt**

Auch wenn es sich „nur“ um die „Ersatzaufstellung“ für eine sogenannte Mega-Light-Anlage handeln sollte, die Baumaßnahmen auf der Äußeren Kananstraße weichen mußte, lehnten die Bezirksvertreter die Aufstellung der Großreklame ab. Sie betrachten diese Anlagen als Verhinderung des Stadtbildes.

H.H.

■ Nippes

**Antrag der PDS Offenen
Liste angenommen und
sofort umgesetzt**

Auf der letzten Sitzung der BV beschlossen die Stadtteilparlamentarier einen Antrag der PDS Offenen Liste zur geplanten Rennbahnbebauung in Weidenpesch: „Es dürfen keine Unumkehrbaren Fakten geschaffen werden! Die Bezirksvertretung ist in alle Schritte des weiteren Verfahrens einzubeziehen und über den Stand der Dinge im Moderationsverfahren zu informieren“, so die Forderung von PDS-Vertreter Weisenstein im Nippeser Stadtteilparlament. Die letzte Forderung wurde prompt umgesetzt: Die Moderatorin war vor Ort und unterrichtete die Anwesenden: Im Laufe diesen Sommers werden noch drei Sitzungen zum Thema Rennbahnbebauung innerhalb des Moderationsverfahrens statt finden. An den Gesprächen sollen die Konfliktparteien (Rennverein und Bürgerinitiative), die politischen Entscheidungsträger, Nachbarn und im Stadtteil aktive Gruppierungen teilnehmen. Die anwesende Moderatorin, Frau Schüpphaus, verdeutlichte, dass es sich bei der ersten Phase des Prozesses um ein Moderationsverfahren und nicht um ein Mediationsverfahren handelt. Im ersten Teil der Arbeit geht es in erster Linie darum, Informationen zu sammeln und transparent zu machen. Für absolut erforderlich wird die Offenlage der finanziellen Situation des Rennvereins gesehen. Weiterhin ist eine umfangreiche Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich. Diese muss auch die Gesichtspunkte Luftqualität und Hochwasserschutz berücksichtigen. Nur wenn nach Abschluss des Moderationsverfahren ein Minialkonsens zwischen den Beteiligten vorliegt, macht das Mediationsverfahren Sinn.

M.W.

Die Stadt Köln sucht nach neuen Wegen im Umgang mit strafunmündigen Taschendieben. Vor wenigen Monaten berichteten die Kölner Zeitungen fast täglich von Taschendiebstählen durch Kinder und Jugendliche aus dem „Personenkreis der unerlaubt eingereisten Flüchtlinge“. Zunächst entbrannte eine unsäglich unqualifizierte Diskussion im politischen Raum, wie mit dem Problem umzugehen sei.

Die Fachverwaltung nahm sich dankenswerter Weise der Problemstellung an und erarbeitete ein Papier, wie künftig mit den betroffenen Kindern und deren Familien gearbeitet werden soll. Vieles von dem, was in diesem neuen Papier steht ist selbstverständlich, es wird aufgezeigt, welche helfenden Maßnahmen das Jugendamt anzubieten, aber auch welche Möglichkeiten Jugendamt, Ordnungsamt und Gerichte haben, um ggf. gegen den Willen der Familien intervenieren zu können. (Auflagenerteilung, Sorgerechtsentzug, Anzeigen wegen Verletzung der Aufsichtspflicht etc.) Besondere Erwähnung verdient das Ziel, mit Kindern und Eltern in einem eigens für diese Zielgruppe geschaffenen Angebot sozialpädagogisch arbeiten zu wollen. Ähnliche Einrichtungen arbeiten in anderen deutschen Städten mit großem Erfolg. Leider enthält das Papier auch einen sehr restriktiven Ansatz. Durch vermehrte Ermittlungen sollen Straftaten vereitelt werden. Dies wäre eventuell zu akzeptieren, wenn es sich bei dem Papier um eine Konzeptvorschlag einer Ermittlungsbehörde handeln würde. Dies ist aber nicht der Fall, das Papier ist vom Jugendamt erarbeitet. Ermittlung ist nicht die Aufgabe des letztgenannten Amtes. Erschreckend ist, dass das Konzept nicht nur die verstärkte Ermittlung als einen Lösungsansatz sieht, schlimmer noch, das Papier regt an, dass Jugendamtsmitarbeiter Informationen aus Gesprächen und Beobachtungen an andere Behörden (zum Beispiel Ausländerbehörde) weiterleiten. Der Vertrauensschutz zwischen Mitarbeitern des Jugendamts und der Familie ist nicht gegeben. Eine vernünftige Beratung ist unmöglich.

Die PDS Offene Liste machte bereits vor Wochen auf datenschutzrechtliche Bedenken aufmerksam. Mittlerweile liegt der PDS Offenen Liste eine gutachterliche Stellungnahme von Prof. Dr. Riekenbrauck (Fachhochschule Düsseldorf, Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften) vor, welche die Bedenken der PDS Offenen Liste teilt. Unter anderem heißt es hier, Zitat: „Als Ergebnis der datenrechtlichen Prüfung lässt sich somit festhalten, dass die im Stufenkonzept vorgesehene Kooperation von Jugendamt und Ausländeramt unzulässig ist.“

Michael Weisenstein

Beteiligung beim Bestechen und Beschenken

Von den 32 städtischen Beteiligungsgesellschaften beteiligt sich nur KölnMusik, Stadtwerke, Jugendzentren Köln und Kölner Sportstätten an der Bekämpfung und Vermeidung von Korruption; 28 Betriebe entziehen sich also noch immer einer mehr als nur notwendigen Satzungsänderung. Die als Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) geführten Stadtentwässerungsbetriebe haben ebenfalls Formulierungen über ein umfassendes Prüfrecht der Stadt Köln durch das Rechnungsprüfungsamt (RPA) in ihre Satzung eingefügt.

Allerdings kommt bei den städtischen Beteiligungen in der Rechtsform der Aktiengesellschaft (GAG, KVB, GEW, GEW Rheinernergie und HGK) die Aufnahme eines erweiterten Prüfrechtes für die Stadt Köln wegen der strengen aktienrechtlichen Regelungen nicht in Betracht.

Die Beteiligungsgesellschaften werden überwiegend mit städtischen Zuschüssen und damit mit den öffentlichen Abgaben (Steuern, Gebühren) der Kölner Bürgerschaft betrieben. Es ist daher kategorisch

zu fordern und sicherzustellen, dass auch die Verwendung der Gelder der Kontrolle und den Weisungen von Rat und Verwaltung unterliegt. Bei künftigen Ausgliederungen von Verwaltungsbereichen und den

dadurch verbundenen Umwandlungen in Gesellschaftsformen des privaten Rechts (formelle und/oder materielle Privatisierung) oder als Anstalt des öffentlichen Rechts wird dem RPA auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 20.11.2003 in den

Gesellschaftsverträgen oder Satzungen ein umfassendes Prüfrecht dauerhaft eingeräumt.

Diese Ratsvorgabe wird bei den anstehenden Gründungen der Klinik GmbH und der Köln-Tourismus GmbH berücksichtigt. Aber auch hier bleiben – ausgenommen von allen Beteiligungsgesellschaften ist da nur die KölnMusik GmbH mit ihrem Geschäftsführer – wesentliche Elemente zur Bekämpfung und Vermeidung von Korruption nur moralische Appelle, ohne die Ge-

sellschafter rechtlich zu binden. Nach wie vor – und das trotz einer deutlichen und konsequenten Stellungnahme durch das Rechnungsprüfungsamt – sollen diese beiden in Gründung befindlichen Gesellschaften die städtischen Vergaberichtlinien und Maßnahmen zur Bekämpfung und Vermeidung von Korruption weder anwenden noch ergreifen. Darüber hinaus sollen die Geschäftsführer nicht nach dem Verpflichtungsgesetz die Amtsträgerschaft im strafrechtlichen Sinne erhalten. Damit gehen sie im Korruptionsfall weitgehend straffrei aus. Die PDS-Ratsgruppe hat sich der kritischen Stellungnahme des RPA angeschlossen und sowohl im Wirtschafts- wie auch im Finanzausschuss vergeblich durch Änderungsanträge zum Satzungsentwurf des Gesellschaftervertrages von KölnTourismus versucht, diese eigentlich unabdingbaren Präventionsmaßnahmen vertraglich festzuschreiben.

Wolfgang Breuer



Projektgruppe Messelager:

Besuchsprogramm für Zwangsarbeiter bis 2005 fortsetzen

In einem Offenen Brief hat die Projektgruppe Messelager im EL-DE-Haus-Verein sich an die Ratsparteien gewandt und gefordert, das Besuchsprogramm der Stadt Köln für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter uneingeschränkt bis einschließlich 2005 durchzuführen. Der Rat hatte diesen Zeitrahmen im September 2000 beschlossen, im Zuge der Kahlschlagpolitik soll aber das Programm bereits in diesem Jahr beendet werden. Die PDS Offene Liste hatte sich stets für eine Fortführung eingesetzt.

Die Projektgruppe verweist darauf, dass gerade auch im Hinblick auf den 60. Jahrestag des Kriegsendes im Mai 2005 und die zu erwartenden zahlreichen Gedenkveranstaltungen die noch überlebenden Zeitzeugen nicht ausgeschlossen werden dürften. Andernfalls drohe der Stadt Köln ein erheblicher Imageverlust.

Bitte kostenlos schicken



Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuenburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

- Ich möchte den Platzjabbeck zugeschickt bekommen
 Mehr Informationsmaterial zum Thema:

- Ich möchte in den nächsten Monaten an den Aktivitäten der PDS Offene Liste teilnehmen

Absender/in:

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____

PLZ _____

Ort _____

Versammlung der PDS Offene Liste

Dienstag, 1. Juni, 19.30 Uhr

Verabschiedung des

Kommunalwahlprogrammes

Ort: Bürgerzentrum Ehrenfeld, Venloer Str. 429, 50825 Köln.

Donnerstag, 10. Juni

Wahl der Kommunalwahl-Kandidatinnen und Kandidaten

12 bis 13 Uhr mit Verabschiedung eines Listenvorschlags der Offenen Liste.

13 bis 18 Uhr Mitgliederversammlung der PDS Köln:

Aufstellung der WahlkreisbewerberInnen für die Wahlkreise der Kommunalwahl 2004, zur Aufstellung der Reserve-liste für die Kommunalwahl 2004 und für die Aufstellung der Listen für die Bezirksvertretungen in Köln.

Ort: Bürgerzentrum Ehrenfeld, Venloer Str. 429, 50825 Köln.

An die PDS-Offene Liste
im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3
Postfach 103 564
50475 Köln